

die Tat um. Darüber hinaus ist die Gründung des CFM ein erster wichtiger Schritt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der Konfessionen, nachdem es in der Vergangenheit immer wieder Unstimmigkeiten gegeben hatte, etwa hinsichtlich der Nutzung von Friedhöfen, der Plazierung von neuen Kirchenbauten und nicht zuletzt der Mission in Ostmalaysia.

Im übrigen könnten hieraus auch Ansätze für eine *Zusammenarbeit mit anderen nicht-muslimischen Gemeinschaften* erwachsen. Bisher gibt es nur den „Malaysischen Konsul-

tationsrat für Buddhisten, Christen, Hindus und Sikhs“, der sich 1983 etablierte und als Gesprächsforum sicherlich sehr nützlich sein kann, aber nicht auf eine engere Kooperation in gesellschaftlichen Fragen ausgelegt ist. Allerdings sind den Kontakten schon allein dadurch enge Grenzen gezogen, als die buddhistischen und hinduistischen Organisationen kein in jeder Hinsicht repräsentatives Zentralgremium besitzen. Außerdem wäre hierzu wohl mancher Widerstand seitens der jeweiligen Basis zu überwinden.

Peter Drews

Kurzinformationen

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken wählt neues Präsidium

Auf der diesjährigen Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken – sie fand am 18./19. November unmittelbar im Anschluß an die Gemeinsame Studientagung mit der Deutschen Bischofskonferenz über die Weitergabe des Glaubens statt – wurden das Präsidium und der Geschäftsführende Ausschuß des ZdK neu gewählt. Nachfolgerin des nach 12 Jahren Präsidentschaft nicht mehr kandidierenden bisherigen ZdK-Präsidenten und langjährigen bayerischen Kulturministers und gegenwärtigen Inhabers des Guardini-Lehrstuhles an der Universität München, Prof. *Hans Maier*, wurde die 48jährige ehemalige Sozialministerin des Saarlandes und gegenwärtige Vizepräsidentin des Saarländischen Landtags, *Rita Waschbüsch*. Sie war als Nachfolgerin von ihrem Vorgänger selbst ins Gespräch gebracht worden und war nach fast einmütiger Zustimmung im Geschäftsführenden Ausschuß einzige Kandidatin. Sie erhielt 117 von 132 abgegebenen Stimmen (bei 3 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen). Zu Vizepräsidenten wurden neu gewählt: der niedersächsische Umweltminister *Werner Remmers* und der Vorsitzende der südwestdeutschen KAB, *Karl Nothof*. Die beiden bisherigen Vizepräsidenten, die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin *Ursula Hansen* und der Berliner Diözesanratsvorsitzende *Jürgen Meyer-Wilmes*, wurden mit hoher Stimmenzahl in ihren Ämtern bestätigt. Die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses wie der Delegierten des ZdK in der Gemeinsamen Konferenz hat sich nur wenig verändert. *Hans Maier* wurde fast einmütig in die Gemeinsame Konferenz gewählt. – Zugleich mit Maier und ebenfalls nach 12 Jahren aus dem Präsidium ausgeschieden ist einer der bisherigen Vizepräsidenten, der Münchner Richter *Walter Bayerlein*, der auch nicht mehr für den Geschäftsführenden Ausschuß kandidierte, aber mit hoher Stimmenzahl weiter als Delegierter in die Gemeinsame Konferenz entsandt wurde. Bayerlein war neben Maier bisher das profilierteste Präsidiumsmitglied. Er

kam als Vertreter des Münchner Diözesanrates über die Gemeinsame Synode ins Zentralkomitee. Er hat sich sowohl um dieses wie um das gemeinsame Gespräch zwischen Bischöfen und Laien beachtliche Verdienste erworben. Daß z. B. die Gemeinsame Studientagung über die Weitergabe des Glaubens überhaupt zustande kam, war ganz wesentlich ihm zu verdanken. Er hat sie auch in der Hauptsache mit vorbereitet. In einer launigen Laudatio durch den scheidenden rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten *Bernhard Vogel*, Maiers Vorgänger im ZdK, wurden beide gemeinsam gewürdigt: Maier als Mann der klaren katholischen Positionsangabe, Bayerlein als durchsetzungsfähiger Vertreter laikaler Eigenständigkeit in der Kirche.

EKD-Synode verabschiedet Erklärung zum Thema „Glauben heute: Christ werden – Christ bleiben“

Zum Ende ihrer diesjährigen Tagung vom 6. bis 10. November in Bad Wildungen verabschiedeten die 120 Mitglieder der EKD-Synode ohne Gegenstimmen und mit nur zwei Enthaltungen eine Erklärung zu ihrem Schwerpunktthema „Glauben heute“. In dem 40seitigen Papier (wir werden noch ausführlicher darauf zurückkommen) wird der Glaube der Kirche dargestellt und werden Aufgaben für die Erneuerung der Kirche und die Weitergabe des Glaubens aufgelistet. Es richtet sich vor allem an Kirchenvorstände und Pfarrer. In einem Begleitbrief zu der Erklärung heißt es, es gebe eine tiefe religiöse Sehnsucht, die sich aber nicht mehr selbstverständlich an die christlichen Kirchen und die biblische Botschaft richte. Eine Erneuerung der Kirche aus dem Glauben heraus müsse alle Bereiche des kirchlichen Lebens umfassen. Es gehe dabei nicht um „mehr Arbeit“, sondern um eine Neubesinnung auf den Glauben. Schwerpunkte dabei sind die Bereiche Bibel, „Einladende Kirche – Einladende Gemeinde“, Weitergabe der Glaubensbotschaft, Diakonie und Erneuerung des Gottesdienstes. Bei der Synodaltagung wurde der Rat der EKD beauftragt, eine „Kammer für Glaubensfragen und Theologie“ einzurichten. Bislang wurden

theologische Fragen nicht auf der Ebene der EKD, sondern von den beiden Kirchenzusammenschlüssen VELKD und EKU behandelt. Die Synode erinnerte an die menschlichen und rechtlichen Pflichten gegenüber *Flüchtlingen* und *Ausländern* in der Bundesrepublik und betonte, Asylsuchende, Flüchtlinge und Ausländer dürfen nicht wegen der Aufnahme von Aussiedlern benachteiligt werden. Gleichzeitig unterstrich die Synode aber die „besonderen menschlichen, geschichtlichen und rechtlichen Verpflichtungen“ gegenüber den Aussiedlern. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die bisher zurückgehaltene Entwicklungshilfe für Nicaragua freizugeben. Die Rückflüsse aus der Kapitalhilfe für die Entwicklungsländer sollten 1989 zu zwei Dritteln und 1990 in der gesamten Höhe für neue Kapitalhilfe eingesetzt werden. Für die ungarische und deutsche Minderheit in Rumänien verlangte die Synode effektive internationale Hilfe. Der Haushalt der EKD für 1989 liegt mit knapp 419 Millionen Mark um 4,4 Prozent höher als der des Vorjahrs.

Die Katholische Akademie in Bayern veranstaltete eine Europatagung in Paris

Die Katholische Akademie in Bayern veranstaltete vom 10. bis 15. Oktober in Paris ein Symposium über „*Die Einigung Europas – Eine Herausforderung an die nationalen Kirchen in Europa*“. Gegenstand der Tagung war weniger die Frage, was Kirche zum europäischen Einigungsprozeß beitragen kann, als vielmehr, welche Chancen und Aufgaben der Kirche in diesem Einigungsprozeß vor allem auf ihrem ureigenen Feld von Glaube und Religion zu wachsen und wie gut oder wenig gerüstet sie sich in diesen Prozeß begibt. Unterhalb dieses übergeordneten Ziels ging es aber in den meisten Referaten – insgesamt 18 – um sehr viel einfachere Vorhaben: in erster Linie um das gegenseitige Kennenlernen des Katholizismus in Europa über die nationalen Grenzen hinweg und in diesem Rahmen vor allem um Information der deutschen Teilnehmer über kirchlich-gesellschaftliche Entwicklungen in Frankreich und der französischen Teilnehmer über parallele Entwicklungen in der Bundesrepublik. Referate über andere Länder, des Madrider Jesuiten *José Joaquín Alemany* über Spanien, des in ganz Italien hochangesehenen Leiters des Zentrums für politische Bildung „Pedro Arrupe“ in Palermo, *Bartholomeo Sorge*, über Italien und von *Michael Marlet SM* (Amsterdam) über Holland, bildeten wertvolle Ergänzungen zum deutsch-französischen Informationsaustausch. Von französischer Seite wirkten als Referenten u. a. mit Kardinal *Jean-Marie Lustiger* (Das Christentum und die ethischen Werte der Moderne), *Henri Madelin* (Die Laien und die geistlichen Bewegungen in Frankreich), *Jean-Yves Calvez* (Aktuelle sozioethische Fragestellungen in Frankreich) und *Paul Valadier*, der Chefredakteur der Zeitschrift *Études* über „Christen, Kirche und Kultur in Frankreich, und der Sulpizianer *Joseph Doré* zur „Situation der Theologie in Frankreich; von deutscher Seite u. a. Kardinal *Friedrich Wetter* (Zur Glaubenssitua-

tion in Deutschland), *Hans Maier* (Christen, Kirche, Kultur in Deutschland), *Walter Kasper* (Zur Situation der Theologie in Deutschland), *Walter Kerber* (Aktuelle sozioethische Fragestellungen in Deutschland), *David Seeber* (Zum gesellschaftlichen und politischen Profil des deutschen Katholizismus). Hinzu kamen Referate, für die es von französischer Seite keine Parallelen gab: z. B. von *Johannes Gründel* über gegenwärtige Spannungsfelder der Moralthologie und von *Elmar Klinger* ein sehr an den dogmatischen Gehalten orientiertes Referat über die Lefebvre-Bewegung und deren Abspaltung von Rom. Zu beiden Referaten wäre eine Ergänzung aus französischer Sicht sinnvoll, im Falle der Lefebvre-Bewegung notwendig gewesen. Aufgrund der speziellen Organisationsform der Tagung – eine Verbindung von wissenschaftlicher und touristischer Felderkundung und weil die gleichlautenden Themen jeweils nicht parallel geschaltet wurden – kamen Ergänzung und Vertiefung durch offene Aussprache zu kurz. Der Erfahrungsaustausch war dennoch wertvoll. Er würde es verdienen, daß er in anderer Form und mit einem französischen Mitveranstalter in der Bundesrepublik einmal fortgesetzt wird.

Tagung der Generalsynode der VELKD mit dem Schwerpunktthema „Sterbende begleiten“

Die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) kam zu ihrer diesjährigen Tagung vom 16. bis 21. Oktober in Veitshöchheim (bei Würzburg) zusammen. In sieben Arbeitsgruppen befaßten sich die Synodalen mit verschiedenen Aspekten des Themas *Sterbebegleitung*. Verabschiedet wurde u. a. eine Entschließung zur Frage der *Sterbehilfe*, die vom Grundsatz ausgeht: „Für Christen ist Sterbehilfe beim Sterben, nicht aber zum Sterben“. Der Arzt könne zwar in verantwortlicher Entscheidung auf mögliche medizinische Maßnahmen verzichten, die den irreversiblen Sterbeprozess nicht mehr aufhalten könnten. Jedoch könne eine gezielte Beschleunigung des Sterbevorgangs als Grenzübergang zur sogenannten aktiven Sterbehilfe nicht akzeptiert werden. Bestrebungen, die Tötung auf Verlangen in Grenzfällen nicht mehr unter Strafe zu stellen, werden in der Entschließung abgelehnt, da sie die für den Schutz des Lebens grundlegenden ethischen und rechtlichen Normen aufweichen und zur Verunsicherung bei Kranken, Angehörigen, Ärzten und Pflegeberufen führten. Auch wenn Beihilfe zur Selbsttötung strafrechtlich nicht geahndet werde, sei sie ethisch nicht vertretbar. In seinem Bericht vor der Synode äußert sich der leitende Bischof der VELKD, Bischof *Karlheinz Stoll* (Schleswig), aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens der Vereinigten Kirche zum Sinn und zu den Aufgaben dieses Zusammenschlusses von fünf lutherischen Landeskirchen: Der bisherige Weg der VELKD sei sinnvoll und nötig gewesen, und die künftige Arbeit werde Bisheriges fortzusetzen haben. Die interkonfessionellen Dialoge und deren Rezeption würden ein stärkeres und prägende-

res Gewicht als gesamtkirchliche Aufgabe der VELKD bekommen. Im Blick auf die *Rolle der lutherischen Kirche in der ökumenischen Bewegung* wies Stoll darauf hin, „ÜberEinstimmung im Verständnis des Evangeliums, in der Predigt und in den Sakramenten blieben das entscheidende Kriterium; „denn das Amt der Kirche, in welcher Gestalt es immer auftritt, hat sich ihm dienstbar unterzuordnen“. Auch Bischof *Ulrich Wilckens* (Lübeck), Catholica-Beauftragter der VELKD, betonte in seinem Bericht, im Gespräch mit der katholischen Kirche gehe das lutherische Interesse vor allem dahin, „daß die Rechtfertigung des Sünders allein durch den Glauben an Christus als das entscheidende Kriterium eines ökumenisch tragfähigen Kirchenverständnisses anerkannt und ekklesiologisch ausgearbeitet wird“.

Gesellschaftspolitische Themen auf der Herbstvollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz

Die Bischöfe verlangten auf ihrer Herbstvollversammlung vom 8. bis 10. November in Wien u. a. durchgreifende Änderungen des zweiten Teils des (für die schulische Sexualerziehung gedachten) „*Medienkoffers Sexualerziehung*“. Es sollten jene Stellen korrigiert werden, in denen das Elternrecht unterlaufen zu werden scheine. Sexualerziehung müsse deutlicher als Teil der Gesamterziehung und „in unmittelbarer Vorbereitung auf Partnerschaft und Ehe“ gesehen werden. Die Anleitungen zu „Spielen zur Einübung von Zärtlichkeit und Abbau von Kontakthemmungen“ sollten wegen ihrer „zu großen Problematik“ in Klassen mit Schülern unterschiedlicher Reife unterbleiben. Die Bischöfe erinnerten an ihre schon mehrfach vortragene Forderung, im Zielparagraphen des neuen *Jugendwohlfahrtsgesetzes* die bisherige Formulierung „zur Sicherung der körperlichen Entwicklung des Kindes von der Empfängnis an“ beizubehalten. In einer Erklärung zum *Papstbesuch in Österreich* in diesem Sommer (vgl. HK, August 1988, 379–382) hieß es, man habe im Rückblick auf den Pastoralbesuch Johannes Pauls II. feststellen können, daß die Kirche in Österreich im Lauf der verschiedenen Begegnungen ein vielfältiges und kraftvolles Bild gezeigt habe: „Die Kirche muß aus ihrem Wesen heraus immer wieder erneuert werden, der Papstbesuch hat in hervorragender Weise dieser Erneuerung gedient. Zugleich wurde sichtbar, daß bei allen Unzulänglichkeiten die Kirche in Österreich eine große geistliche Kraft besitzt, die sich auch in der gläubigen Festfeier manifestierte.“ Die Österreichische Bischofskonferenz schloß sich in einer kurzen Erklärung der ablehnenden Haltung zahlreicher Bischofskonferenzen und Bischöfe gegenüber dem Film „Die letzte Versuchung Christi“ (vgl. HK, November 1988, 505) an: „Wir unterstreichen die Aussage, daß dieser Film unserem Glauben an Jesus Christus widerspricht und sein Leben und Sterben verfälscht.“ Vor der Vollversammlung hielten die Bischöfe einen Studientag ab, bei dem sie sich mit den Aufgaben und Problemen der *österreichischen Militärseelsorge* befaßten.

Die französischen Bischöfe kamen in Lourdes zu ihrer jährlichen Vollversammlung zusammen

Diese Vollversammlung war von einem hohen Druck der Medienöffentlichkeit geprägt, durch den sich z.T. Themen in den Vordergrund schoben, die für die Bischöfe selbst nicht denselben Stellenwert hatten. So bestätigte der Erzbischof von Paris, Kardinal *Jean-Marie Lustiger*, am Rande der Konferenz seine Ablehnung des Films von Martin Scorsese „Die letzte Versuchung Christi“ (vgl. HK, November 1988, 505), distanzierte sich zugleich aber entschieden von jeder Gewaltanwendung in diesem Zusammenhang, wie sie in Frankreich vorgekommen ist. Außerdem überschritt sich die Vollversammlung zeitlich mit der Kontroverse in Frankreich über die Abtreibungs-Pille RU-486 der Hoechst-Tochter Roussel-Uclaf. Ende September gab Frankreich als erstes westliches Land den Gebrauch dieses umstrittenen Medikaments frei. Aufgrund der zahlreichen – auch kirchlichen – Proteste gegen diese Entscheidung entschloß sich die Firma vier Wochen später zunächst zum Verkaufsstopp, den sie aber schon wenige Tage danach, nach einer Intervention des zuständigen Ministeriums, wieder rückgängig machte. Die in Lourdes versammelten Bischöfe verabschiedeten die seit langem angekündigte „Charta der Solidarität“ (vgl. HK, Oktober 1988, 484). Die Bischöfe betonten darin die enge Verbindung von Maßnahmen der Entwicklungshilfe und der Evangelisierung. In einer Vereinbarung zwischen dem *Comité catholique contre la faim et pour le développement* (CCFD) und dem *Secours catholique* soll den Mißverständnissen der letzten Jahre begegnet werden: Die strukturelle Trennung beider Organisationen soll dabei die zukünftige Zusammenarbeit erleichtern. Die Bischöfe nahmen eine Erklärung an, in der sie sich bereit erklärten, sich an den im kommenden Jahr stattfindenden Feierlichkeiten aus Anlaß des 200. Jahrestags des Beginns der Französischen Revolution zu beteiligen. In seiner Eröffnungsansprache sprach sich der Vorsitzende der Konferenz, der Erzbischof von Lyon, Kardinal *Albert Decourtray*, für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat in diesem Land sowie die Entwicklung eines neuen „offenen Laizismus“ in Frankreich aus und bezog sich dabei auf die vielbeachtete Rede seines Vorgängers im Amt des Konferenzvorsitzenden vor einem Jahr (vgl. HK, Januar 1988, S. 13 f.). Für Aufsehen sorgte im nachhinein die Tatsache, daß der schon bisher öfters durch eigenwillige Positionen hervorgetretene Bischof von Évreux, *Jacques Gaillot*, zwei vor der Vollversammlung gehaltene Erklärungen veröffentlichte, in denen er sich für die Weihe von verheirateten Männern sowie wie die Wiedereingliederung von verheirateten Priestern in ihr Amt aussprach. Der stellvertretende Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof *Joseph Duval*, distanzierte sich in einer Erklärung sowohl vom Vorgehen Gaillots wie vom Inhalt seiner Interventionen. Als Gast nahm zeitweise der Präsident der mit Fragen der Wiedereingliederung von ehemaligen Lefebvre-Priestern beauftragten Ad-hoc-Kommission, Kurienkardinal *Mayer*, an der Vollversammlung teil.